

zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion Drucksache 17/0083 Zweite Lesung Ergebnis 608	10 Wahl von zwölf Personen zu Mitgliedern sowie Wahl von zwölf weiteren Personen zu Ersatzmitgliedern des Kuratoriums des Lette-Vereins – Stiftung des öffentlichen Rechts 627 Wahl Drucksache 17/0071 Ergebnis 627 Beschlusstext 648
6 Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“ 608 Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kulturelle Angelegenheiten vom 16. Januar 2012 und Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 8. Februar 2012 Drucksache 17/0156 zum Antrag der Fraktion Die Linke Drucksache 17/0010 Zweite Lesung Ergebnis 608	10 A Wahl der auf das Land Berlin entfallenden 25 Mitglieder der 15. Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten 627 Dringliche Wahl Drucksache 17/0177 Ergebnis 628 Beschlusstext 648
7 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 (Haushaltsgesetz 2012/2013 – HG 12/13) 608 Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 17/0150 Erste Lesung Senator Dr. Ulrich Nußbaum 609 Joachim Esser (GRÜNE) 611 Torsten Schneider (SPD) 614 Joachim Esser (GRÜNE) 617 Torsten Schneider (SPD) 618 Dr. Manuela Schmidt (LINKE) 618 Christian Goiny (CDU) 621 Andreas Baum (PIRATEN) 624 Heiko Herberg (PIRATEN) 625 Ergebnis 627	11 Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger 628 Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung vom 6. Februar 2012 Drucksache 17/0155 zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/0043 Ergebnis 628
8 Gesetz zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten, zuletzt geändert durch das Abkommen vom 9. Juli 1998 (Gesetz vom 13. Dezember 2000 (GVBl. S. 531)) 627 Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 17/0161 Erste Lesung Ergebnis 627	12 A Kommunale Daseinsvorsorge nicht über EU-Wettbewerbsrecht aushebeln: Subsidiaritätsrüge zum „Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Konzessionsvergabe“ 628 Dringliche Beschlussempfehlung des Ausschusses für Europa- und Bundesangelegenheiten, Medien vom 22. Februar 2012 Drucksache 17/0178 zum Antrag der Fraktion Die Linke Drucksache 17/0154 Ergebnis 629 Beschlusstext 649

(Joachim Esser)

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Ich bin gespannt, ob wir da miteinander in die Diskussion kommen. Bis jetzt ist das nicht der Fall. Bis jetzt – ich bin ziemlich entsetzt – erlebe ich in den Ausschüssen – ich sage das im Plural – einen ungekannt aggressiven Strukturkonservatismus von dieser Regierung.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN
und den PIRATEN –
Zuruf von Joschka Langenbrinck (SPD)]

Zu keinem einzigen Reform- oder Umschichtungsvorschlag würden Sie etwas anderes sagen als: Oh, davon hat jetzt aber irgend einer einen Nachteil! Oh, das dürfen Sie nicht machen! Oh, da werden wir Sie anprangern! – Sie haben überhaupt keinen Willen, auch nur einen Euro von A nach B zu verschieben, obwohl Sie in Größenordnungen von weit über einer halben Milliarde verdrängte Aufgaben haben, die man angehen muss. Und das klagen wir bei Ihnen ein: dass eine konstruktive Situation entsteht.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Sie müssten bitte zum Schluss kommen!

Joachim Esser (GRÜNE):

Um zum Schluss zu kommen – wir haben unsere Kernforderungen an den Haushalt vor der Wahl so zusammengefasst: Lehrerneueinstellungen, Schulsanierungen, Begrenzung von Mietsteigerungen, S-Bahnchaos beenden, Investitionen in den Klimaschutz, Schluss mit dem Schuldenmachen. Und: Geld für eine Verlängerung der A 100 wird es mit uns nicht geben. Ich kann allen versichern: Zu diesen Wahlversprechen stehen wir, auch in der Haushaltsberatung.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN
und den PIRATEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Schneider das Wort. – Bitte sehr!

Torsten Schneider (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen! Lieber Herr Esser! Das war der typische Esser, nur: Wo Ihre konstruktiven Vorschläge gewesen sind, habe ich nicht vernommen.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Sie haben sich seit geraumer Zeit im Schimpfen profiliert. Das können Sie besonders gut.

[Zuruf von den GRÜNEN –
Stefan Gelbhaar (GRÜNE): Ja, wir haben
halt was zu sagen!]

Ich werde dazu auch noch einen Satz sagen.

[Nein! von den GRÜNEN]

Mehr als einen ist es nicht wert, wenn man keinen konstruktiven Vorschlag unterbreitet.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Und im Übrigen haben Sie hier eine Debatte angemahnt, die wir von Ihnen erwarten. Sie werden zeigen müssen, und wir werden Sie da auch stellen, ob Sie auch Verantwortung kennen oder nur weiteres Meckern, sehr geehrter Herr Esser.

[Beifall bei der SPD –
Benedikt Lux (GRÜNE):
Stellen Sie mal die Opposition, Sie komischer Typ! –
Zuruf von Ramona Pop (GRÜNE)]

In unserem Haus ist es geübte Praxis, von der Geschäftsordnung in Fällen fraktionsübergreifenden Konsenses, also in Fällen von Einvernehmen, abzuweichen. Die SPD-Fraktion bedauert daher, dass wir, dass die Bezirke, dass alle Zuweisungsempfänger zwei Wochen verloren haben, weil ein solches Einvernehmen beim Haushalt mit dieser Opposition nicht herzustellen gewesen ist.

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Stefan Gelbhaar (GRÜNE):
Macht eure Hausaufgaben! –
Ramona Pop (GRÜNE): Armer Herr Schneider,
hat keinen Einfluss, auf nichts! –
Benedikt Lux (GRÜNE): Der Oppositionsführer
der Opposition der Opposition!]

Obwohl der Haushalt mit allen Bänden und Anlagen elektronisch vorlag

[Zuruf von Wolfgang Brauer (LINKE) und
Benedikt Lux (GRÜNE)]

und sich nur marginal von dem seit Monaten bekannten Entwurf unterscheidet,

[Zuruf von Gerwald Claus-Brunner (PIRATEN)]

sah die Opposition sich nicht in der Lage, sich einvernehmlich darauf zu verständigen, hier bereits vor zwei Wochen die erste Lesung veranstalten zu lassen. Immer wenn man argumentativ schwach ist, zieht man sich wie Sie auf eine Verrechtlichung der Debatte zurück. Schönen guten Morgen!

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Diesen Einwurf von den Piraten fand ich interessant.

[Zuruf von Stefan Gelbhaar (GRÜNE)]

Sie sind es, liebe Piraten, die sich seit Monaten als Gralshüter medialer Elektromobilität gerieren. Dass aus-

(Torsten Schneider)

gerechnet Sie nun hier auf die Bedruckung von hunderttausend Seiten Papier warten wollten, finde ich schon komisch,

[Beifall bei der SPD und der CDU]

zumal Sie ja selbst einmal beantragt haben, die Geschäftsordnung so zu ändern. Hier hätten Sie also Gelegenheit gehabt, mehr als Phrasen zu dreschen.

Benedikt Lux (GRÜNE): Die Piraten sind schuld, jetzt haben wir sie!

Wenn Sie nicht aufpassen, liebe Herren, werte Dame von den Piraten, dann wird der wesentliche Unterschied zu den Grünen bleiben, dass die erst nach 20 Jahren satt waren.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Der Senat hat trotz drückender und zwingender Haushalts- und finanzpolitischer Rahmenbedingungen einen plausiblen Haushaltsentwurf vorgelegt.

[Benedikt Lux (GRÜNE): Oh, er redet zum Thema!]

Berlin erlebt eine Finanz- und haushaltspolitische Krise nach der anderen. Wir kennen da Immobilienkrisen und Krisen der Finanzmärkte,

[Ramona Pop (GRÜNE): Und die SPD war an jeder Krise beteiligt!]

auch die Grünen-Krisen, auch Wirtschaftskrisen. Die anderen Krisen, die Berlin erleidet, werden z. B. Bürgerentlastungsgesetz, Wachstumsbeschleunigungsgesetz heißen.

[Zuruf von Wolfgang Brauer (LINKE)]

Die Steuerpolitik der derzeitigen Bundesregierung führte in Berlin 2011 zu Steuermindereinnahmen von über 1 Milliarde Euro.

[Ramona Pop (GRÜNE):
Alle sind schuld, nur Schneider nicht!]

2012 erwarten wir einen Einnahmeverlust in etwa vergleichbarer Größenordnung. Die neueste Vision des Bundes wird Gesetz zur Abschaffung der kalten Progression heißen und wird erneut zu einem vermutlich dreistelligen Millionenbetrag Einnahmeverlusten führen.

Trotzdem senkt Berlin die Neuverschuldung im Jahr 2012 um 1,6 Milliarden Euro, im Jahr 2013 um weitere 400 Millionen Euro. Das ist ein klarer Erfolg unserer – und schon gar nicht Ihrer – Haushaltspolitik.

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Gerwald Claus-Brunner (PIRATEN): Und dann brauchen wir einen Nachtragshaushalt!]

Berlin wird aufgrund des Wegfalls der Solidarpaktmittel zukünftig jährlich weitere 2 Milliarden Euro weniger Einnahmen haben als noch 2005.

[Zuruf von Gerwald Claus-Brunner (PIRATEN)]

– Ich kann Sie leider nicht verstehen. – Bereits in diesem Jahr fehlen 600 Millionen Euro. Im kommenden Jahr werden es fast 750 Millionen Euro Mindereinnahmen sein.

[Benedikt Lux (GRÜNE): Und jetzt?]

Trotzdem hat der Senat seinem Entwurf gegenfinanzierte Ansatzserhöhungen von mehr als 500 Millionen Euro zugrundegelegt und damit klare politische Schwerpunkte dieser Koalition abgeleitet.

[Benedikt Lux (GRÜNE): Unsinn! Er macht versteckt Schulden, er verschiebt das Problem! –
Zuruf von Gerwald Claus-Brunner (PIRATEN)]

Berlin nimmt in der Versorgung mit Plätzen der Kitatagesbetreuung – der Senator hat es gesagt – einen herausragenden Spitzenplatz bundesweit ein. In diesem Bereich, gerade in diesem, lassen wir uns

[Benedikt Lux (GRÜNE): Die Kinder müssen Ihre Schulden abbezahlen!]

– ich verstehe Ihre Euphorie gar nicht, Herr Kollege – von Zwischenrufen aus südlichen Bierzelten nicht beeindrucken. Wer wie Bayern 37 Jahre Nehmerland war im System des Länderfinanzausgleichs, der sollte das deutsche Grundgesetz, das seit 1995 auch für Berlin gilt, inzwischen zu schätzen wissen.

[Stefan Gelbhaar (GRÜNE):
Die Bayern sind auch schuld!]

Die Berliner Schulstrukturreform ist ein großer Erfolg. Unser Schulanlagensanierungsprogramm, das können Sie nachlesen, wird mit rund 32 Millionen Euro und das Sportanlagensanierungsprogramm mit 9 Millionen Euro jährlich fortgesetzt. Schul- und Sportanlagen werden in den Betrachtungsmittelpunkt unserer Haushaltsberatungen rücken. Die Koalitionsfraktionen denken über eine deutliche Erhöhung und den mittelfristigen Abbau des Sanierungsstaus nach.

[Ramona Pop (GRÜNE):
Wir wollen Zackenfels wieder!]

Herr Esser! Werte Grüne! Es ist also trotz aller Schwierigkeiten erlaubt, Visionen zu haben, statt nur Formalkritik zu äußern.

[Zuruf von Antje Kapek (GRÜNE)]

Die Hochschulen werden auskömmlich finanziert. Die Charité hat Planungssicherheit und erzielt trotz aller kleinteiligen Unkenrufe inzwischen einen positiven Jahresabschluss.

Auch verstärken wir zur Umsetzung des Sicherheitskonzepts mit 200 Bediensteten den Polizeivollzugsdienst

[Benedikt Lux (GRÜNE): Waren es 200?]

und setzen zusätzliche 40 Betriebsprüfer in den Finanzämtern ein.

[Zuruf von Gerwald Claus-Brunner (PIRATEN)]

(Torsten Schneider)

Der Kulturbereich wird auf hohem Niveau verstetigt. Ich weiß, Sie wollen das alles streichen, werte Piraten. Uns ist vor allem wichtig, nicht nur hinter dem Komma zu sparen und darüber zu diskutieren, wir wollen die großen Linien betrachten, auch wenn das gerade Ihre Stärke nicht ist.

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Ramona Pop (GRÜNE): Das können Sie
doch gar nicht sehen! –
Zurufe von Stefan Gelbhaar (GRÜNE) und
Gerwald Claus-Brunner (PIRATEN)]

Ich rufe da einmal in Erinnerung: Im Jahr 2003 hat diese SPD den europarechtlich veranlassten Verkauf unserer Bankgesellschaft für 10 Millionen Euro angehalten. Überall kann man nachlesen, wie sich dazu die versammelte Opposition verhalten hat, wie Sie sich empörten, gerade auch die Grünen. 2007 haben wir nicht nur 5,3 Milliarden Euro realisiert, sondern die Bank blieb zudem in öffentlicher Hand. Das war ein großer Erfolg, anders als in Bayern, wo sie ihr Landesbankenfiasko vom bundesweiten Steuerzahler heilen lassen.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der CDU –
Benedikt Lux (GRÜNE): Schneider, der Visionär! –
Zuruf von Gerwald Claus-Brunner (PIRATEN)]

Im vergangenen Jahr hat die SPD den avisierten BIH-Verkauf gegen das vehemente Lamento der Grünen und gegen einen Parteitagsbeschluss der Linken angehalten.

Wir haben uns gegen die Privatisierungen der Berliner Wohnungen ausgesprochen. Die ganze Welt investiert in Immobilien, nur die Berliner Grünen waren in ihrer Vergangenheit bewältigung gefangen. Heute wissen wir, dass es verhaltenen Grund zu Optimismus gibt. Diese mutige Entscheidung, nicht zu privatisieren, war nicht nur mit Blick auf die potenziellen Erwerber, nicht nur wohnungspolitisch, sondern auch wirtschaftlich richtig.

[Beifall bei der SPD]

Auch bei der Rekommunalisierungsdebatte liegen die Grünen wieder weitab vom Schuss. Die strategischen Linien sind bei uns in den besseren Händen.

[Lachen bei den GRÜNEN und der LINKEN]

Sie schimpfen „zu teuer“, zugleich investiert die insoweit unverdächtige Allianz-AG Milliarden Euro in Netze. Das tut die nicht aus Altruismus.

[Wolfgang Brauer (LINKE):
Aschermittwoch ist vorbei!]

– Wir schauen darauf nicht ideologisch verbrämt, wie Sie, Herr Kollege Brauer! – Wir wollen das Kernfeld der Daseinsvorsorge stärken und diese Überlegungen zugleich in einem finanz- und wirtschaftspolitisch sinnvollen Rahmen abbilden.

[Wolfgang Brauer (LINKE): Na, dann machen
Sie doch mal, Herr Kollege!]

– Das Wünschenswerte denken, Herr Kollege Brauer, und das Machbare tun, das ist unsere Zielmarke.

[Lachen bei den GRÜNEN und der LINKEN –
Ramona Pop (GRÜNE): Wenn das nicht peinlich ist!]

Dabei verkennen wir nicht, dass sparsames Haushalten allein nicht genügt. Die unbestreitbaren Erfolge Berlins in dieser Sparte Sparen lassen sich an allen Indikatoren nachvollziehen.

[Ramona Pop (GRÜNE):
63 Milliarden Euro Schulden!]

Wir nehmen zunehmend die Einnahmeseite in den Blick und haben deshalb maßvoll die Grunderwerbsteuer erhöht. Wir haben maßvoll vor, die Citytax einzuführen in einem rechtssicheren Verfahren. Wir verschieben den Fokus auf die Aktivierung unserer Stärken.

[Zuruf von Ramona Pop (GRÜNE)]

– Frau Pop! Ich kann Sie leider gar nicht verstehen. Aber ich lasse gerne eine Zwischenfrage zu, Sie sind es mir wert. –

[Ramona Pop (GRÜNE): Wenn ich nur wüsste,
was Sie erzählen wollen! –
Zuruf von Stefan Gelbhaar (GRÜNE)]

Die Verknüpfung der Bildungs-, Forschungs- und Wissenschaftslandschaft mit der Ansiedlung neuer Unternehmen ist eines. Berlin kann zudem mit einer herausragenden Infrastruktur glänzen und hat reichlich verfügbare Flächen zur Verfügung. Auch wenn Sie es nicht mehr hören mögen, diese Koalition steht uneingeschränkt zum neuen Großflughafen und auch zur Autobahn A 100.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Von den 22 Milliarden Euro unseres Landeshaushalts werden knapp 7 Milliarden Euro in den Berliner Bezirken verausgabt. Diese Koalition steht fest an der Seite unserer Bezirke. Wir wertschätzen deren bürgernahe Arbeit als besonders wichtig. Die Regierungsfractionen haben deshalb mit einem Ritual gebrochen. Wir haben nicht Monate wechselseitige Einwürfe abgewartet. Wir haben diese Zeit nicht verstreichen lassen, um dann eine politische Entscheidung zu treffen, den Mehrforderungen der Bezirke entgegenzukommen. Diese Entscheidung, die bezirklichen Haushalte um 50 Millionen Euro jährlich zu verstärken, wurde von den Bezirken ganz überwiegend begrüßt. Diese verbindliche Vorgabe wird nun von der Verwaltung weisungsgemäß vollzogen. Wir danken dem Finanzsenator dafür, dass er bereits vorab mit einer Verteilvorgabe den Bezirken Klarheit über die jeweiligen Aufwüchse verschafft hat.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Allerdings habe ich meine Zweifel, ob in allen Bezirken der richtige strategische Umgang im politischen Raum gepflegt wird. Während den meisten klar ist, dass wir auch die Bezirke nicht aus unseren Sparzwängen werden ausnehmen können, verfolgen manche Bezirksämter eine

(Torsten Schneider)

Eskalationsstrategie, die durchaus Kopfschütteln verursacht. Bezirke, die unseren Vorgaben hinsichtlich der bereits nachgebesserten Zeitachse nicht nachkommen, müssen damit rechnen, dass ihre Erhöhungsbeträge kritisch betrachtet werden.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD und der CDU]

Zudem beobachten wir mit einiger Sorge, dass sich manche Verantwortliche im Regime der vorläufigen Haushaltswirtschaft eingerichtet haben. Dem werden wir einen Riegel vorschieben. Die Koalitionsfraktionen sind sich einig und verweisen auf § 41 Landeshaushaltsordnung und § 6 des Haushaltsgesetzentwurfs. Wir werden die Senatsverwaltung für Finanzen ermutigen und nötigenfalls veranlassen, die Ausreichung von Ausgaben auch punktuell von ihrer Einwilligung abhängig zu machen, wenn da was aus dem Ruder läuft.

Auch die Altschuldenbezirke – da denke ich besonders an Pankow – sollten aufhören, hier hinter dem Komma herumzudoktern und dabei unverhältnismäßig Strukturen zu zerschlagen.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Die Verabredung ist hier ganz klar: Schuldenmoratorium bei Vermeidung eines Primärdefizits.

[Zuruf von Stefan Gelbhaar (GRÜNE)]

Unzulässige Pauschalen verletzen diese Beschlusslage des Parlaments ebenso wie das Abrufen von Konsolidierungsscheiben anderenfalls. Umgekehrt wird sich auf Landesebene – Sie sind herzlich eingeladen, da mitzuwirken – niemand plausiblen Lösungsansätzen jenseits ausgetrampelter Pfade verschließen.

Meine Damen und Herren! Sie haben sich beruhigt. Das freut mich.

[Lachen und Zurufe von den GRÜNEN
und der LINKEN]

Nun sind alle Fraktionen aufgerufen, gemeinsam ernsthaft zu beraten. Unsere Erwartungshaltung ist da allerdings gedämpft. In der ersten Lesung des Gesetzes gestern im Hauptausschuss durfte die Regierungsbank eine Besprechung der Opposition erleben, die sich in Formalkritik von Buchungsvorgängen erschöpfte, aber keine inhaltlichen Schwerpunkte erkennen ließ.

[Stefan Gelbhaar (GRÜNE): Haben Sie Herrn Esser gerade zugehört?]

Besonders innovativ waren dabei die Piraten. Da wurde vorgeschlagen, dass Berlin und seine Unternehmen die doppelte Buchführung einführen mögen.

[Zuruf von den PIRATEN]

Unsere Unternehmen buchen, sehr geehrter Herr Kollege, dessen Name mir immer entfällt,

[Martina Michels (LINKE): Hochmut kommt vor dem Fall, Herr Kollege!]

bilanzieren nach HGB und wenden damit die von Ihnen postulierten Grundsätze bereits an. Diese Debatte ist in Berlin älter als Ihre Partei. Als Maskottchen identifizieren sich unsere jungen Kollegen aber dann mit der Idee, die Grunderwerbsteuer auf 10 Prozent zu erhöhen und die Bezirkshaushalte für ein Jahr zu sperren. Meine Damen und Herren! Sie defilieren auf allen Empfängen der Stadt. Sie haben kein Buffet, keine Talkshow, keinen Empfang,

[Andreas Baum (PIRATEN): Reden Sie doch mal über den Haushalt!]

keine Kamera und kein Mikrofon ausgelassen. Sie haben sich selbst auf das hohe Ross der besseren Menschen, der besseren Politiker, der Guten gesetzt. Jetzt werden Sie liefern müssen. Alle warten, ob Sie neben Maskottchen auch Verantwortung können.

[Zurufe von den PIRATEN –
Beifall bei der SPD und der CDU]

Sie, die Piraten, Sie, verehrte Dame, werte Herren, werden zeigen müssen, ob Sie auch anderes können, als die ausgegliederte Abteilung Faxen der anderen zu sein. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Für eine Kurzintervention hat der Kollege Esser das Wort.

[Benedikt Lux (GRÜNE): Mach mal staatsmännisch, wenn die SPD das nicht mehr kann!]

Joachim Esser (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es war ja jetzt erstmalig so, dass die SPD nach den Grünen reden musste.

[Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN]

Ich habe das früher auch immer sehr genossen, Frau Spranger, Frau Kolat, Herrn Zackenfels so von hinten anzugreifen, wenn ich nach ihnen sprechen durfte. Nun war das mal umgekehrt. Nun ja, so ein Rekordwahlergebnis hat nicht nur in diesem Fall etwas Janusköpfiges bei den Grünen, wie Sie alle wissen.

Ich habe mir aber schon gedacht, dass Herr Schneider natürlich diese inzwischen allbekannten Wahlkampf-sprechzettel der SPD hat, was irgendjemand 1878 gesagt haben soll.

[Zuruf von der SPD: Kommt da noch was?]

Diese Sprechzettel – sage ich mal in meinem Fall, wenn ich die so verfolge – führen ein Eigenleben wie früher meine Verfassungsschutzakte. Die laufen so mit und haben eine eigene Realität. So ist das natürlich auch in der Frage Bankverkauf. Ich habe mir das noch mal angeguckt. Im Jahr 2003 – das stimmt – habe ich die Ü-

(Joachim Esser)

berschrift produziert: Ein Euro ist akzeptabel. – Ja, und wo stehen wir denn heute? – Ich habe mich selbst gewundert, wie hellsichtig ich war. Sie haben 4,7 Milliarden Euro kassiert, 4,7 Milliarden Euro ausgegeben, macht 1 Euro. Und jetzt, wo Sie auf 5 Milliarden hochgehen, macht das für damals minus 300 Millionen Euro. Es gab bloß damals keinen, der auch nur den Euro geboten hätte. Alle hatten sie – von den Sparkassen bis zu den Finanzinvestoren – Negativangebote, die z. T., weil sie offene Enden hatten, gar nicht einschätzbar waren, weshalb wir alle das am Schluss im Einvernehmen mit dem Finanzsenator Sarrazin haben sein lassen. So, das war dieser Vorgang.

Das andere sage ich Ihnen noch einmal zu der gestrigen Debatte: Der Senat verbucht Mehreinnahmen vom Bund als Minderausgaben bei den Bezirken. Dies ist ein verfassungswidriger Verstoß gegen das Bruttoprinzip und andere Haushaltsgrundsätze. Ich mache Sie ja nur drauf aufmerksam. Sie riskieren damit Nachsitzen, Strafarbeit für einen neuen, weil ansonsten nichtigen Haushalt im Jahr 2013. Davor wollte ich Sie warnen.

In der gleichen Operation hat sich der Finanzsenator in einem Aufwasch eine schwarze Kasse von einmal 60 Millionen Euro und einmal 80 Millionen Euro zugelegt. Herr Schneider! Für diese Entdeckung sollten Sie mir vielleicht noch mal dankbar sein und unserer Fraktion einen ausgeben, weil Sie ja die 50 Millionen Euro für die Bezirke finanzieren müssen und sich theoretisch aus dieser Schwarzkasse des Herrn Nußbaum – in diesem Fall zugunsten der Bezirke – bedienen könnten. Und wenn Sie das machen, –

Präsident Ralf Wieland:

Herr Kollege! Sie kommen bitte zum Schluss!

Joachim Esser (GRÜNE):

– dann erwarten wir in der Tat von Ihnen eine Runde, weil wir Ihre Arbeit gemacht haben. – Danke!

[Beifall bei den GRÜNEN und den PIRATEN]

Präsident Ralf Wieland:

Herr Kollege Schneider! Bitte schön!

Torsten Schneider (SPD):

Lieber Herr Esser! Die Runde ist zugesagt, unabhängig von der Frage, ob Sie recht haben oder nicht.

[Zurufe von den GRÜNEN]

Zum anderen bin ich schon erstaunt über Ihre Rechengeschicke und Ihre Milchmannrechnungsqualitäten. Das ist die Rubrik – mehr will ich dazu gar nicht sagen. Sie werden mir gelegentlich noch erklären – wie vorhin –, wie

Sie auf die abstruse Idee kommen, 9 Milliarden Euro seien ein Fünftel von 22 Milliarden. – Schöne gute Nacht, Herr Esser!

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Zuruf von den GRÜNEN: Wir haben
einen Doppelhaushalt! –
Weitere Zurufe von den Grünen]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Dann haben wir als Nächstes für die Fraktion Die Linke Frau Dr. Schmidt. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mal wieder ein bisschen Ruhe einkehren, damit wir jetzt der Kollegin Dr. Schmidt zuhören können! – Bitte schön, Frau Kollegin!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE):

Ich denke, wir werden noch viel Gelegenheit haben, uns zu diesem Haushalt zu echauffieren, aber gestatten Sie mir eine Bemerkung am Rande: „Das bisschen Haushalt macht sich von allein, sagt mein Mann.“ – Ist also gut, dass mal eine Frau über den Haushalt redet, sind ja sonst fast nur die Männer.

[Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und den
PIRATEN]

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nun ist das heute bereits die zweite erste Lesung eines Haushaltsplanentwurfs für die Jahre 2012 und 2013 für das Land Berlin. Und auch dieser Entwurf muss sich an zwei Fragen messen lassen. Zum einen: Bildet der Haushalt ab, was die Stadt braucht, setzt er die richtigen Schwerpunkte? Zum anderen: Ist der Haushalt solide, wird er dem Anspruch gerecht, nachhaltig zu sein, oder weist er Risiken auf? – Diese beiden Fragestellungen werden für uns Leitlinien für die Haushaltsberatungen sein. Wir sehen uns dabei natürlich in der Verantwortung und Kontinuität von zehn Jahren rot-roter Regierung. Zugleich haben wir als Linke an verschiedenen Punkten ein anderes Herangehen als vor fünf oder zehn Jahren oder als es das Ringen um Kompromisse mit der SPD zuließ. In der ersten Lesung kann sich auch hier zunächst noch kein vollständiges Bild ergeben. Das liegt in der Natur erster Lesungen, das liegt aber auch daran, wie Sie von der Koalition und vom Senat mit dem Parlament umgehen. Die gedruckte Version liegt uns seit dem 13. Februar vor, die erste Ausschussberatung war am 15. Februar. Auch elektronisch brauchen Sie anderthalb Wochen, um die Beschlussfassung aus dem Senat dem Parlament zur Verfügung zu stellen. Im Zeiten des Internets braucht es einen Mausklick, mehr nicht.

[Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN]

Woran lag es also? Wissen Sie als Koalition denn immer noch nicht, wohin Sie eigentlich wollen? – Ein Umgang mit dem Parlament ist das nicht.

[Beifall bei der LINKEN]